

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 16.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserte pro 3gespalt. Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 5. August 1905.

Verlag:
A. Bohrberg, Hannover, Burgstraße 9.
Verantwortlicher Redakteur:
August Brey, Hannover, Burgstraße 9, I.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

14. Jahrg.

Der Kapitalismus an einem Wendepunkte.

Ein Beitrag zur Frage der Weltpolitik.
Von Brutus.

Wenn irgend etwas dem Beobachter des heutigen Wirtschaftslebens auffallen muß, so ist es die stete, fast unheimliche Hast, mit der die Kulturwelt sich der Industrie in die Arme wirft und die agrarischen Verhältnisse abstreift. Die Industrialisierung schreitet unaufhaltsam fort: die Industrie faßt überall Fuß, und das Bestreben, den Bedarf im Inlande zu decken und sich von den ausländischen Industrien unabhängig zu machen, macht sich in allen Kulturländern und solchen, die es werden wollen, geltend. Die Statistik der Einfuhr und Ausfuhr auf dem Weltmarkt lehrt uns, mit welchem Feuereifer alle europäischen und überseeischen Länder darauf aus sind, sich eigene Industriestätten zu schaffen und sich dadurch von der fremden Industrie zu emanzipieren.

Offenbar befindet sich die moderne Wirtschaftsentwicklung an einem Wendepunkte. Bisher hatten wir auf dem Schauplatz der bebauten Erde eine Teilung der Arbeit: auf der einen Seite Agrarländer mit einer ausgedehnten Acker- und Viehwirtschaft, die uns fast ausschließlich Bodenprodukte (Korn, Fleisch, Baumwolle, Kaffee, Häute usw.) lieferten, auf der anderen Seite Industrieländer mit einer intensiven Wirtschaftsweise, die die Verarbeitung der Rohprodukte besorgten. Zwischen diesen ganz verschieden gearteten Ländern fand ein reger Handelsverkehr statt, mittels dessen die landwirtschaftlichen und industriellen Produkte gegen einander ausgetauscht wurden. Auf der Einfuhr und Ausfuhr beruhte also die wirtschaftliche Macht der verschiedenen Länder und die Ziffern der Handelsbilanz bildeten das Barometer des Wirtschaftslebens. Daher erklärt sich auch das lebhafteste Interesse, das ein Volk an seiner Zollpolitik und seinen Handelsverträgen hat.

Inzwischen beginnt sich bereits überall ein Umschwung bemerkbar zu machen, und wir beobachten ganz deutlich eine Verschiebung des früheren einfachen Verhältnisses. Alle Länder sind gleichermaßen bestrebt, sich gegenseitig von einander unabhängig zu machen: überall arbeiten Pflug und Fabrik scharf neben einander, die bisherigen Agrarländer wollen ihren Bedarf an Industrieerzeugnissen selbst decken, und die Industrieländer bemühen sich umgekehrt, ihre landwirtschaftliche Produktion derart zu steigern, daß sie die ausländische Landwirtschaft womöglich ganz entbehren. Mit dem Bestreben der Staaten, sich politisch von einander unabhängig zu machen, läuft das Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit parallel.

Speziell die Industrie, in der sich das Wesen des Kapitalismus am deutlichsten zeigt, muß sich infolge dieser Entwicklung ganz naturgemäß ihr eigenes Grab graben; sie ist ihr eigener Totengräber. Je mehr Werkzeuge und Maschinen und Halbfabrikate sie ins Ausland lieferte, desto rascher wurde das Ausland in den Stand gesetzt, sich wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen. Die augenblickliche Blüte der deutschen Ausfuhr zieht sich eine schlimme Konkurrenz groß und muß notwendigerweise eine Beschränkung des zukünftigen Absatzgebietes herbeiführen. Die deutsche Industrie muß damit rechnen, daß sich infolge der Stärkung der ausländischen Industrien die Absatzschwierigkeiten vermehren werden, da das Ausland versuchen wird, seine eigenen jungen Industrien durch hohe Schutzzölle lebensfähig zu machen. Diese schlechten Aussichten werden auch nicht beseitigt werden durch die mit großem Pomp in Szene gesetzten Auslandsreisen unseres Reichsoberhauptes und die damit verknüpften „moralischen Eroberungen“. Die fremden Länder werden sich ebenso gut gegen uns absperrn, wie wir uns gegen sie absperrn.

Aus der Tatsache, daß der Auslandsmarkt auf die Dauer uns immer mehr verloren gehen wird, wird jeder logisch denkende Mensch sicherlich die Folgerung ziehen, daß es unsere dringende Aufgabe ist, den Inlandsmarkt desto mehr zu pflegen; wenn der Weltmarkt unsere Produkte nicht mehr verdauen kann, so muß unser innerer Markt aufnahmefähiger gemacht werden, mit anderen Worten: die große Masse muß kaufkräftiger werden,

damit sie die gesteigerte Produktion verdauen kann.

Es leuchtet ja auf den ersten Blick ein, daß es ein Unfug ist, den Ausländern unsere Produkte in heißem Bemühen, durch List, Ueberredung oder gar mit Gewalt aufhängen zu wollen, während Millionen unserer eigenen Volksgenossen am Allernotwendigsten Mangel leiden. Einen solchen Wahnsinn konnte auch nur der Kapitalismus ausbrüten, der ja nicht produziert, um den Bedarf der Menschheit zu decken, sondern lediglich zu dem Zwecke, um Profit zu erzielen. Durch diese wahnsinnige Erwerbsgier sät er den Axt ab, auf dem er selbst sitzt, indem er das Ausland wirtschaftlich stärkt und das eigene Volk darben läßt. Ein ganz klein wenig Nachdenken über die wirtschaftlichen Zusammenhänge und über die Folgen einer derartigen Ausfuhrpolitik müßte unsere Herren Kapitalisten mit der Nase darauf stoßen, daß sie sich auf einem Irrwege befinden.

Leider aber spiegelt sich die Welt in einem kapitalistischen Hirn wie in einem Verzerrungsspiegel und der Kapitalismus stellt die Tatsachen auf den Kopf. In dieser Beziehung ist eine Aeußerung der „Deutschen Arbeiterzeitung“ von Interesse, die folgendermaßen lautet:

„Die Tatsache, daß die deutsche Industrie auf dem Auslandsmarkt auf immer größere Schwierigkeiten stößt, kann man nicht oft genug denjenigen vorhalten, die gewillt sind, der deutschen Industrie immer neue Lasten aufzubürden. Die volkswirtschaftliche Chronik der „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ hat in ihrem neuesten Hefte eine Uebersicht über den Fortgang der Sozialpolitik in allen Industrieländern veröffentlicht. Aus diesem Vergleich geht, in die Augen springend, das gewiß sehr schmeichelhafte Resultat hervor, daß Deutschland in der sozialen Reformbewegung noch immer und mehr als jemals „in der Welt voran“ ist. Zahlreich sind die sozialen Verordnungen, die das Deutsche Reich im Jahre 1904 erlassen hat. Stellt man dem gegenüber, was die Schweiz, was Oesterreich, Frankreich, England, Amerika auf diesem Felde geleistet haben, so ist die Ausbeute im Vergleich zu unserem Vaterlande fast gleich Null. Mit der staatlichen Fürsorge ist die wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes Hand in Hand gegangen. Die Arbeitslöhne sind in rascher und stetiger Weise gestiegen; sehr interessant sind in dieser Beziehung die Ausweise der Invalidenversicherung. Im Jahre 1900 kamen von 1000 Wochenbeiträgen auf die erste Lohnklasse 177, auf die zweite 324, auf die dritte 243, auf der vierte 161 und auf die fünfte 95. Von Jahr zu Jahr haben sich nun die auf die beiden ersten, niedrigsten Lohnklassen entfallenden Wochenbeiträge vermindert, während die auf die höheren Lohnklassen kommenden Beiträge ebenso stetig stiegen. Im Jahre 1903 kamen auf die erste Lohnklasse 137, auf die zweite 307, auf die dritte 262, auf die vierte 175 und auf die fünfte 119. Die deutsche Industrie hat also auch mit einer stetigen Steigerung der Löhne zu rechnen, und man mag diese wirtschaftliche Belastung als ein erfreuliches Symptom gern in Kauf nehmen. Aber zu schweren Bedenken muß das Treiben derjenigen Anläß geben, die da meinen, der breite Rücken des geduldbigen Kastners, als welches sie die deutsche Industrie ansehen, könne alles ertragen. Diese werde die gesteigerten Löhne aushalten, sie werde damit fertig werden, daß ihr durch die unaufhörlich wachsende Konkurrenz die Bewegung auf dem Weltmarkt immer mehr beschnitten wird, sie könne die ehrenvolle Last der sozialen Hegemonie mit Würde tragen, ja es würde ihr wohl bekommen, wenn ihr gerade von diesem Gepäck noch ein tüchtiges Stöckel aufgebürdet würde. Die Praktiker wissen es freilich schon heute anders.“

Die Behauptung, daß die deutsche Industrie die sozialen Lasten nicht mehr tragen könne, wird durch einige Aussprüche von Praktikern näher illustriert. Sie wird — wenn man dem Scharfmacherorgan glauben darf — „durch ein ausführliches Gutachten des Vereins deutscher Kammgarnspinner, das den ungemessenen Ansprüchen der Arbeiterschaft entgegentritt, vollständig bekräftigt. Die Boge der Kammgarnspinner ist keineswegs eine rofige; und auch hier spielen die eigentümlichen Absatzverhältnisse auf dem Weltmarkt eine Rolle. Im Ausland sieht man natürlich mit unverhöhlener Freude auf die Wirtschaftsexperimente

im Bande der Denker und — Träumer. Eine Denkschrift der British Iron and Steel Association schreibt in bezug auf die neuesten Vorschläge der preussischen Berggesetzgebung wörtlich: „Im Ausland wird es niemand bedauern, wenn dieser Gesetzentwurf Recht werden sollte, denn in dem Falle würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kohlen- und Eisenindustrie auf den Auslandsmärkten in erheblichem Grade beeinträchtigt werden, während gleichzeitig die britischen Produzenten sowohl im Inlands- als im Auslandsmarkt eine Stärkung erfahren werden.“ Den phantastischen Irrtum aber, daß etwa eine internationale Regelung zu einem Ausgleich der sozialen Lasten führen könne, hat kürzlich wieder der Verband der österreichischen Leinenindustriellen klargestellt; dieser hat zu der Frage des zehntägigen Arbeitstages Stellung genommen und sich dahin ausgesprochen, daß ihm die Angelegenheit zu problematisch erscheine, als daß er in Vertretung der Exportindustrie eine Aeußerung abgeben könne. Das alles sind Stimmen aus der Praxis, die innerhalb weniger Tage laut geworden sind, und mit etwas Sammeleifer ließe sich dieses Material um ein beliebiges Vielfaches vermehren. Es ist auch sicher, daß alle diese Gutachten von den zuständigen Interessenvertretungen wohl luvertiert und vermutlich auch „eingeschrieben“ an die amtliche Zentrale für Sozialpolitik abgesandt werden, aber ein merkwürdiger Zufall bringt es offenbar mit sich, daß all diese Briefe auf der Post verloren gehen.“

Hier wird der deutschen Reichsregierung der unverblühte Vorwurf gemacht, daß sie in ihrem blinden sozialpolitischen Eifer die deutsche Industrie zugrunde richte. Es sind dies alte, bekannte Lieder, denn von dem Augenblick an, als das schreiende Gethöse des Proletariats das soziale Mitgefühl wachrief und die sozialpolitische Einsicht vermehrte, so daß eine Strömung erzeugt wurde, die der fortwährend wachsenden Ausbeutungsgier des Unternehmertums Schranken ziehen wollte, ertönten die Klagen der Kapitalisten über den bevorstehenden Ruin der Industrie. In allen Tonarten krächzten diese Unglücksraben: Die hohen Löhne, die Verkürzung der Arbeitszeit, die besseren Arbeitsbedingungen, die Schutzmaßnahmen gegen gesundheitschädliche Einflüsse, die Einschränkungen der Frauen- und Kinderarbeit — alle diese wirtschaftlichen Fortschritte wurden als Nügel zum Sarge der Industrie bezeichnet.

Heute glaubt kein Mensch mehr an diesen Schwindel, heute wissen wir, daß durch die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse die Industrie konkurrenzfähiger geworden ist. Ein Land mit einer wirtschaftlich gedrückten Bevölkerung kann nichts leisten und ist nicht konkurrenzfähig. Oder kann Rußland, Spanien, Italien, die Türkei der deutschen Industrie Konkurrenz machen, trotzdem in diesen Ländern die Löhne niedrig, die Arbeitszeit lang und die sozialen Lasten gleich Null sind? Fürchten wir nicht vielmehr die Konkurrenz derjenigen Länder, wo das Gegenteil der Fall ist? Erst von dem Augenblick an, als sich die Lebenshaltung des deutschen Proletariats hob, war Deutschland instande, mit den höher entwickelten Ländern, wie England und Nordamerika, konkurrieren zu können. Gut bezahlte, nicht durch lange Arbeitszeit ausgemergelte, gegen die schlimmsten Formen der Ausbeutung geschützte Arbeiter steigern die Konkurrenzfähigkeit eines Landes, und nur das kurzfristige Selbstinteresse des Kapitalismus will diese offenkundige Tatsache nicht sehen.

Wenn wir nun zum Schluß die Tatsache feststellen, daß die Konkurrenz auf dem Weltmarkt immer bitterter wird und daß die steigende Leistungsfähigkeit der Industrie diesen Wettbewerb immer mehr steigert, so wirft sich die Frage auf, wohin denn dieser Konkurrenzkampf am Ende führen soll. Einstweilen allerdings kann der Ausbau des Inlandmarktes den Krach noch etwas hinahalten, auf die Dauer aber wird die Profitgier des Kapitalismus auch hierin kein Genüge finden, da sie ihrer Natur nach unerfüllbar ist. Dann endlich wird jener Zeitpunkt eintreten, an dem die Kulturmenschen erkennen wird, daß sich die kapitalistische Produktions- und Gesellschaftsweise nicht mehr mit den wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen eines Kulturvolkes vereinbaren läßt und daß sie deshalb ersetzt werden muß durch eine sozia-

Wirtschaftsweise, die nicht des Profits wegen...
Öfter erzeugt, sondern damit diese Öfter gebraucht werden sollen. Der Kapitalismus, eine brutale egoistische Profitwirtschaft, wird abgelöst werden durch den Sozialismus, eine auf dem Prinzip der Interessensolidarität beruhende Bedarfsdeckungswirtschaft.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Gewerkschaftsbewegung im statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. — Raumbollstand. — Das Ende der Freiburger Silbergruben und -hütten.

Je mehr die Arbeiterbewegung sich ausbreitet und vertieft, desto mehr wächst auch für ihre Beamten und Bureauisten, für Redaktionen, für Vereine und Bibliotheken, das Bedürfnis nach orientierenden Nachschlagewerken, die knapp, übersichtlich und doch zugleich zuverlässig und gewissenhaft das notwendige Tatsachenmaterial für bestimmte Gebiete enthalten.

Hierunter unterer Leiter wird das vom statistischen Amt herausgegebene „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ schon bekannt sein. Dennoch möchten wir auf den eben erschienenen 26. Jahrgang (Berlin, Kuttikammer u. Mühlbrecht, Preis 2 Mk.) besonders aufmerksam machen, weil zum ersten Male eine Reihe von Kapiteln aufgenommen ist, die gerade für Arbeiter bedeutsam sind.

Das „Reichsarbeitersblatt“, das heute im dritten Jahrgang steht, ist hier mit der Zeit seine unausbleibliche Rückwirkung aus. Aber auch die fleißige, stille Tätigkeit der Gewerkschaftsleitungen kommt dabei zum Ausdruck. Für einzelne statistische Abschnitte ist das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ als Hauptquelle genannt. Die Klarheit, ob man die gewerkschaftlichen Veröffentlichungen seitens des statistischen Reichsamtes zitiert, kann uns natürlich gleichgültig sein. Aber daß man sich auf sie stützen muß, und daß man in eine amtliche Publikation, in der es bisher nur von Ziffern über Bevölkerung, Handel und Produktion, Steuern und Selbstwert mimmelt, nunmehr längere Abschnitte einfügen muß über die „Organisation der Arbeiter“, über die Mitgliedszahl und die Angehörigen der Gewerkschaften, über die Ausgaben, über den Anteil der einzelnen Unterhaltungsarten an der Gesamtheit der Ausgaben, ferner über die Wellenbewegungen auf dem Arbeitsmarkt, über den Beschäftigungsgrad nach den Nachweisungen der Frankenkassen, über die Stellenvermittlung (bisher allerdings nur für die Kaufleute), über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden, und daß diese Mitteilungen nunmehr Jahr für Jahr wiederkehren sollen — das ist für das Wirken und die festgewurzelte, nicht mehr zu erschütternde Stellung der Arbeiterorganisationen eine unwillkürliche Anerkennung, die man wohl als Zeichen der Zeit hervorheben darf.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn die Gewerkschaften diesen Tabellen Beachtung schenken und etwaige Vorschläge zur besseren und genaueren Aufgestaltung machen; alle solche Vorschläge und Überprüfungen gelangen ja nie auf den ersten Anlauf und bedürfen meist einer regeren Anteilnahme der Hauptinteressierten. Andererseits wäre es gut, wenn die Tabellen auch in bestimmten Kreisen nicht ignoriert würden; manche unianigme Vorstellung über die Lage der Arbeit, über die Rolle der gewerkschaftlichen Organisationen würde dann verschwinden.

Der Vollständigkeit wegen seien noch einige andere, für Arbeiter wirtschaftlich und sozialpolitisch lehrreiche Uebersichten genannt. Zum ersten Male finden wir (im „Jahrbuch“) die Zahl der Ausländer im Deutschen Reich verzeichnet. Die Auswanderung ist, wie immer, jahresweise weit zurückgefallen. Die Produktionsziffern erhalten wir, wie immer, für die Bergwerke, die Hütten, Hochöfen, Eisengießereien und ähnliche, für Bier, Branntwein, Zucker, die Bergbauarbeiten für Holz und Telegraphie, Eisenbahnen und Kleinbahnen, Wasserstraßen; für die Seeschiffe treten noch Angaben über das Personal, die Heuerlöse, die Unfälle hinzu. Ueber die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung und die damit zusammenhängenden Fragen der Kasualität, des Verwaltungsaufwandes wird man sich schwerlich irgendwo rascher und besser orientieren können. Die Statistik (Gewerbe-)Inspektion wird nach den unterstellten und revidierten Betrieben, unter Angabe der verschiedenen geschätzten Arbeiterkategorien, dargestellt. Die Gewerkschaftsstatistik, mit der man 1900 begann, um dann eine mehrjährige Pause eintreten zu lassen, scheint man wieder regelmäßig bringen zu wollen. Von Interesse ist ferner die Statistik der Bezirke und Apotheken, unter Vergleich der Beziehungen, die zwischen 1894 und 1904 im Verhältnis der Bezirkegröße und der Einwohnerzahl pro Arzt und Apotheke eingetreten sind. Manchem wird auch die Zusammenstellung über die Großhandelspreise wichtiger Waren seit 1895, ferner über den berechneten Verbrauch von Getreide und Kartoffeln, Branntwein, Bier, Tabak, Salz, Zucker, Kohlen, Eisen, Baumwolle, Jute, Petroleum, Gewürzen, Kaffee, Tee usw. willkommen sein, weil sich dadurch wichtige Schlüsse über den Stand der Produktion, wie der Lebenshaltung der Bevölkerung ziehen lassen. Dabei haben wir die Abteilungen, die am meisten benutzt und durch die Zeitungen weiterverbreitet werden, noch gar nicht genannt: auswärtiger Handel, Bevölkerung, Berufszählung, Land- und Forstwirtschaft, Viehhaltung, Patent- und Maschinenbau, Geld- und Kreditwesen, Schulen, Rechtsprechung, Reichstagswahlen, Meer und Flotte, Finanzen, Kolonien, internationale Vergleiche. So kann das „Jahrbuch“ noch allen Seiten viel Belehrung gewähren und vor allem geplagten Redakteuren, Beamten, Bedauern manche lästige Arbeit ersparen.

Der Raumbollmarkt, der in den letzten Jahren so reich an Sensationen war, hat einen neuen Standpunkt erlangt. Den Durchschnittspreis der amerikanischen Ernte schätzte man bis Anfang Juli überall auf über 81 Prozent; der einflussreiche, fast unerschütterlich wahrgenommene Regierungsvorbericht vom 2. Juli ging zu allgemeiner Ueberschätzung auf 77 Prozent herunter. Das ist es, was man noch ein mittelalter Stand. Aber weiter ist es nicht gegangen, das die Außenlage, wegen der Gefahr der Fehrernte vor einer Ueberschätzung, um 11,4 Prozent (Abschluß um 361 Millionen Acres) kleiner wie im Vorjahre war. Eine neue Höhe zeigte sich ein und verbreitete sich von New-York über die Welt und Bremen, die beiden hervorragendsten europäische Märkte. Das hätte man vielleicht als unvorstelllich kennzeichnen müssen. In Washington aber überkam ein Entschluß, was jedoch, daß bescheidene Beamte eines Spekulanten vorzeitig mit Nachrichten versehen hatten. Dieser Ring zeigte sich noch, was anderen als eine unvorhergesehene Ueberschätzung kam, und wurde sich mit seinem Geschäftsbüro auf einen großen, höheren Beatzung einrichteten, der in der Tat gelungen ist.

Die Bergwerke des Freiburger Silberbergbaues haben ein- und geschäftlich eine große Rolle gespielt, und selbst beim Niedergang der deutschen Arbeiterbewegung haben sie noch eine Art Rückzugsweg des 19. Jahrhunderts Reichstagswahlkreises gebildet. Das war schon lange anders geworden, der Bergbau ging zu- und wurde in seinen kümmerlichen Resten nur noch mit Entschleunigung gehalten; auch manche der letzten Bergwerke schlossen sich nur noch als abhängiges, zu Dauerarbeiten verpflichtete Erwerbsmittel. Jetzt kündigt eine Staatsvorlage für den Reichstagswahlkreis das unermessliche Ende an. Das Freiburger Berg- und Hüttenwesen umfasst, wie die Zeitungen der

dieser Gelegenheit erinnern, noch im Jahre 1902 28 Gruben mit einer Belegschaft von 2702 Mann, die um jene Zeit 210 596,06 Tonnen Erze im Werte von 2,2 Millionen Mark förderten. Seitdem mußte die Förderung wesentlich eingeschränkt werden, so daß im letzten Jahr etwa 161 000 Doppelzentner zur Förderung kommen dürften. Für 1906 denkt man die Produktion auf 95 000 Doppelzentner zu bringen, doch wird es dann schließlich im Jahre 1913 mit dieser Förderung aufgehört haben. Damit dürfte auch die Geschäftstätigkeit der beiden hiesigen Silberhütten, nämlich der Mulbner und Halsbrücker Hütte, sehr gefährdet sein, weil deren Betrieb sehr eng mit der Förderung des Freiburger Bergbaues verknüpft ist. Die betreffenden Werte verarbeitet die ganze sächsische Produktion mit Ausnahme der Eisenerze, der obererzgebirgischen Kobalt-, Nickel- und Wismuterze; daneben werden noch große Mengen südamerikanischer und australischer Erze, ebenso Metallgefäße verbraucht.

Berlin, 16. Juli 1905.

Max Schippel.

Vom sozialen Kampfplatze.

Der Streit auf der Aktiengesellschaft für Teer- und Erdöl-Industrie zu Erlner ist noch nicht beendet. Die Fabrikleitung macht annehmbare Zugeständnisse nicht. Da ein Teil Arbeitswilliger bereits abgetrieben ist, ein anderer Teil folgen wird, so ist damit zu rechnen, daß die Betriebsleitung sich bald eines besseren besinnen wird, wenn sie nicht durch Fernhaltung ihrer alten Arbeitkräfte den Betrieb schädigen will. — Der Streit in Steinhelm ist auch noch nicht beendet. — Auf der Werk in Flensburg, in Walsleben und in Wetzlar ist die Aussperrung der Bauarbeiter noch nicht beendet.

Berlin. In dem Adler-Zementlager Kungelstraße und Köpenickerstraße stellten die Kollegen eine Lohnforderung, die nach einträglichem Ausstände bewilligt worden ist. Bis jetzt wurden 4,25 Mk. pro Tag verdient; der Lohn beträgt nunmehr 4,75 Mk.

In Marienfelde auf der Motorenfabrik Daimler ist ein Lohnstreik ausgebrochen mit Minimallohn und festem Stundlohn. Auf der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft ist unter unserer Mitwirkung der Lohn einzelner Hilfsarbeitergruppen um 2 1/2 bis 3 Pf. pro Stunde erhöht worden.

Düsseldorf. Im Frühjahr organisierten sich die Arbeiter des hiesigen Gaswerkes. Der Anstoß an die Organisation und die ungenügende Bezahlung sind dann die Veranlassung gewesen, die die Direktion den Gasarbeitern, welche 3,20 Mk. verdienen, eine Zulage von 20 Pf. pro Tag machte. Den Dienstarbeitern und Kohlschaffern stellte der Meister Otto anheim, eine Lohnforderung zu stellen. Letztere wählten eine Kommission, welche dann der Direktion eine Forderung von 40 Pf. Zulage pro Tag unterbreitete. Leider wurde den Bevollmächtigten von dieser Forderung Mitteilung nicht gemacht. Die Direktion lehnte die Forderung mit der Begründung ab, daß man den Etat mit einer Mehrausgabe von 17 000 Mk. nicht belasten könne. Darauf nahm sich die Organisation der Sache an; sie stellte am 20. Mai folgende Forderungen:

1. Ein Tagelohn von 5 (früher 4-4,40) Mk. für Stöcher und Kohlschaffer, welche das ganze Jahr im Betriebe beschäftigt sind.
2. Für Winterstücker einen Tagelohn von 4,70 (früher 4) Mk. und für alle übrigen Arbeiter einen solchen von 4,50 (früher 3,40, 3,60 und 3,80) Mk.
3. Errichtung eines Speisesaals.
4. Die Gasarbeiter haben um 6 1/2 Uhr Feierabend.
5. Anerkennung der Organisation, Wegfall der Sonntagsnachschicht.

Diese Forderungen hatten zur Folge, daß den Betriebsarbeitern folgendes bewilligt wurde: Ein Lohnzuschlag von pro Tag 20 Pf. nebst 20 Pf. Prämie, sowie Vergütung der Sonn- und Feiertage mit einer halben Schicht extra und Errichtung eines Speisesaals. Die übrigen Arbeiter fanden keine Berücksichtigung, denn die Direktion erklärte, daß die Kohlschaffer benötigte Kohlschaffer seien, welche ja 3,60 und 3,80 Mark erhielten, und von den Gasarbeitern könnten sie genügend bekommen. Mit diesem Bescheid erklärten die Arbeiter sich nicht einverstanden. Sie fanden sich abermals zusammen und gaben eine Erklärung ab, beauftragten auch die Kommission, in der Angelegenheit noch einmal vorfällig zu werden. Es war letzteres aber nicht mehr erforderlich, denn bald wurde durch Anschlag verkündet, daß die übrigen Arbeiter eine Lohn-erhöhung von 20-30 Pf. erhielten.

Gotha. Wie bereits mitgeteilt, legten am 17. Juli die auf dem Rütgerischen Werke beschäftigten Kollegen die Arbeit nieder. Auf Ansuchen der Firma fand sich die königliche Eisenbahndirektion schnell bereit, fünf Mann zur Entladung von Waggons zur Verfügung zu stellen. Uns dünkt, die Leiter hiesiger Betriebe hätten auch besser zu tun, als dafür zu sorgen, daß bestreikte Unternehmer Monopole bekommen und das Ringen der Arbeiter nach günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen erschwert wird.

Gotha. Der Streit auf der hiesigen Imprägnieranstalt ist Sonnabend, den 29. Juli, mit einem günstigen Ausgang für die beteiligten Kollegen beendet worden. Man hatte das Gewerkegericht angerufen. Die Verhandlungen vor diesem gütlichen den Beschluß, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Es ist den am Streit beteiligten Kollegen für das Fehlen harter De: 1 Pf. Zulage bewilligt worden, was einer Erhöhung des Lohnes von 40-45 Pf. pro Tag gleichkommt. Die Kollegen sind mit diesem Ergebnis, das sie im wesentlichen neben ihrer Ausdauer dem Einfluß der Organisation verdanken, sehr zufrieden.

Das Wächterkorps der Hamburg-Altonaer Wachs- und Schlichter-Gesellschaft hat, so schreibt man uns, in der ersten Juliwache bei der Direktion um eine Gehaltsaufbesserung nachgesucht. Gleichzeitig muß erwähnt werden, daß die Genie aber auch einseitig genug gewesen sind, zu tun, was jedem Arbeiter vor allen Dingen not tut: sie haben sich gewerkschaftlich organisiert. Die Direktion verhandelte mit den Oberwächtern über die Wünsche der Angehörigen. Denselben wurde entgegengekommen, daß das Anfangsgehalt der Wächter auf monatlich 80 Mk. (früher 75 Mk.) festgelegt wurde, steigend nach drei Monaten auf 85 Mk., nach sechs Monaten auf 90 Mk., nach neun Monaten auf 92 Mk., nach fünfzehn Monaten auf 95 Mk. (früher 91 Mk.). Für das Inkasso der Monatsentgelde soll 1 Prozent, mindestens jedoch 1,25 Prozent in Zukunft extra gezahlt werden, und nach jedem vollendeten Dienstjahr jedem 30 Mk. Vergütung. Die Oberwächter, welche mindestens 6 Monate Dienstzeit bei der Gesellschaft absolviert haben, erhalten in allen Gehaltsklassen 5 Mk. mehr als die Wächter. Maßregelungen wegen dieser Lohnbewegung oder wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden. — Die Versammlung der Wächter nahm dieses Angebot an und ließ durch die Delegierten der Direktion erklären, daß sie in nicht zu ferner Zeit auf weitere Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen hoffe, und zwar auf diesem friedlichen Wege. Auch die Bewährung eines kurzen Erholungsurlaubes (bei Zahlung des Gehalts) nach einjähriger Dienstzeit, welchem Wunsch nicht entgegengekommen werden, solle in späteren Verhandlungen geregelt werden. — Sehr fraglich ist es, ob die Wächter so viel Entgegenkommen gefunden hätten, wenn die Herren Direktoren nicht mit der Organisation hätten rechnen müssen, denn von dem in Betracht kommenden 100 Mann sind 85 organisiert, auch die Kontrollanten sowohl wie die Oberwächter! Wenn die Genie jetzt nur auf die Organisation hätten und sich bemühen, die noch abwärts gehenden Kollegen ebenfalls dem Verbande zuzuführen, wird die Direktion dieses recht gut prosperierenden

Unternehmens zweifellos auch für weitere Zugeständnisse zu haben sein.

Köln. Der Streit bei vom Rath u. Bredt ist nach zehntägiger Dauer am Freitag, den 21. Juli, vor dem Gewerbegericht beigelegt worden. Vor dem Einigungsamt waren vier Vertreter der Firma, sowie sieben Arbeitervertreter erschienen. Die Verhandlungen leitete Herr Stadtverordneter Decker. Als Vertrauensmänner fungierten für die Arbeitgeber Fabrikdirektor Wolf und Fabrikant Otto Fisch, als Vertrauensmänner der Arbeiter die Arbeitersekretäre Bartels und Schlad. Die Verhandlungen dauerten mehr als vier Stunden. Die Forderungen der Arbeiter lauteten: für Maschinisten, Geizer und Handwerker 45 Pf. Stundenlohn, für Zudearbeiter, wenn sie in Afford arbeiten, 55 Pf. Mindestlohn, im Tagelohn 25 Pf., für verheiratete Arbeiterinnen 22 Pf., für unverheiratete 20 Pf., gehaltfähige Arbeitszeit, für Ueberstunden 25 Prozent, für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag. — Es kam folgende Einigung zustande: Die Maschinisten und Geizer erhalten einen Schichtlohn von 4,50 Mk., Ueberstunden werden mit 45 Pf. bezahlt; Handwerker erhalten, soweit sie alt, invalide oder sonst „zwecklos“ sind, 35-40 Pf. Stundenlohn, vollwertige Handwerker 40-45 Pf. Die Fabrikleitung verpflichtet sich, mit dem Arbeiterauschuß die Affordlage der Zudearbeiter zu prüfen und so zu regeln, daß sie bei normaler Arbeitsleistung für leichte Arbeit 45 Pf., für schwere Arbeit 50 Pf. Mindestlohn erhalten. Wenn die Affordarbeiter im Tagelohn beschäftigt werden, erhalten sie 35 Pf. Stundenlohn. Die gleiche erhalten vollwertige Tagelöhner. Die ungeschulten Arbeiter erhalten einen Anfangs-Tagelohn von 1,70 Mark, die in Afford stehenden Arbeiterinnen sollen 20-22 Pf. Stundenlohn verdienen. Die zehntägige Arbeitszeit bestand schon. Ueberstunden sollen nach Möglichkeit vermieden werden; wenn solche stattfinden müssen, werden für die Stunden nach 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens 25 Prozent Zuschlag gewährt. Für Sonntagsarbeit beträgt der Zuschlag 50 Prozent. Maßregelungen sollen nicht stattfinden. Die Firma stellt, soweit Bedarf vorhanden, die Ausständigen sofort ein; bis spätestens Donnerstag, den 27. Juli, sind alle Arbeiter wieder einzustellen. Eine Versammlung der Ausständigen erklärte sich mit diesen Abmachungen einverstanden. Sonnabend vormittag wurde die Arbeit aufgenommen, und fast alle Arbeiter wurden sofort wieder eingestellt. Wie eine Vergleichung der Zahlen ergibt, sind die Forderungen der Ausständigen im großen und ganzen anerkannt worden, und diese können mit Genugtuung auf den Kampf zurückblicken. Die Abmachungen bedeuten eine Lohnerböschung von durchschnittlich 25 Prozent, und sie werden den Ausgangspunkt zu weiteren Verbesserungen in dem Betriebe sein. Die Einigkeit und Haltung der ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen war geradezu musterhaftig.

Schwabhausen. Die bei der Firma J. G. Silbermann (Fabrik künstlichen Düngers) beschäftigten Arbeiter haben einen Lohnvertrag vereinbart mit der Fabrikleitung, welcher eine Aufbesserung der seitherigen Bezahlung darstellt. Wir lassen den Tarif im Vorlaute folgen. Zur Ermöglichung eines Vergleiches bringen wir auch die seitherigen Lohnsätze:

	früher	jetzt
	Mk.	Mk.
Anfangslohn für Neueintretende pro Stunde	—,30	—,30
Nach einer Woche	neu	—,33
Ausschließen im Tagelohn für alle Superphosphat pro Stunde	—,35	—,40
Für Knochenmehl, Knochenkohlen pro Stunde	—,35	—,45
Kellerleeren im Afford für Florida, Algier, Wien-Inseln, Knochenmehl, Knochenkohlen SS und SSS per Mischung	—,15	—,15
Arbeits, Phosphat SP 14 per Mischung	—,12	—,13
SP 12	—,13	—,14
Griffmühle mit 2 Mann bei Florida, Island pro Stunde	—,33	—,35
Algier-Phosphat mit 3 Mann pro Stunde	—,33	—,36
Knochenkohlen 2	—,40	—,45
zuzufahren zur Mühle	—,35	—,40
Stachelwalze, Hochbahn, Tagesleistung 1000 Ztr. mit 4 Mann pro Stunde 33 Pf. und Prämie 2 Pf. =	—,33	—,35
Stachelwalze I Pollenberg, mit 5 Mann 1000 Ztr. pro Stunde 33 Pf. und Prämie 2 Pf. =	—,33	—,35
Stachelwalze II, 1000 Ztr. mit 6 Mann pro Stunde 33 Pf. und Prämie 2 Pf. =	—,33	—,35
Am Trockenzylinder pro Stunde	—,30	—,35
Afford-Einsacken und -Laden in 1.1. nähren und plombieren.		
Einsacken 200 Ztr. 3.— Mk.		
Einsacken 200 2.—		
Rähen und plombieren 1,20		
Afford-Ausladen.		
Dose Ware ohne Verwiegen 200 Ztr. bis zum Fabrikgeleise	1,50	2,—
Dose Ware ohne Verwiegen 200 Ztr. über das Fabrikgeleise bis weßl. Grenze des alten Baues	2,—	2,50
Dose Ware einfachen und verwiegen, bis zum Fabrikgeleise	4,50	5,—
Dose Ware einfachen, ohne verwiegen, bis zum Fabrikgeleise	4,50	4,50
Dose Ware et. laden und verwiegen, bis zur Grenze des alten Baues	5,25	5,50
Dose Ware einfachen, ohne verwiegen, bis zur Grenze des alten Baues	4,50	5,—
Dose Ware einladen pro Waggon	3,—	3,50
Ausladen:		
Steinkohlen pro Waggon 200 Ztr. 2,50		3,—
Stichtofdünger, 200 Ztr. mit 2 Mann 3,—		3,50
Beihülfe zum Hochlagern pro Waggon 200 Ztr. 1,50		1,50
Gardensphosphat in Säcken pro Waggon 200 Ztr. bis zum Fabrikgeleise	1,50	1,50
über das Fabrikgeleise bis weßl. Grenze des alten Baues	2,—	2,—
über die Grenze des weßl. Fabrikbaues	2,50	2,50
Hochphosphat, Florida, Algier, Island bis zum Schienengeleise 200 Ztr. 2,—		2,—
daselbe bis weßl. Grenze des alten Baues vom alten Bau bis weßl. Grenze	2,50	3,—
Knochenkohlen bis an das Fabrikgeleise	1,50	2,—
Ammoniak ausladen ohne Beihülfe bis zum Schienengeleise	2,50	3,—
Ammoniak einfachen und verwiegen	4,50	4,50
Ersuchen = Mischungen:		
Gewöhnliche Mischung Dünger pro 100 (hundert) Zentner	3,—	3,50
Podemil's Mischung Dünger pro 100 (hundert) Zentner	4,50	4,50
Für Ueberstunden werden 20 Prozent und für Sonn- und Feiertagsarbeit 40 Prozent vergütet. Alle weiteren Bekümmernissen fallen weg. Außer der Erhöhung für Ueberstunden und Sonntagsarbeit bringt der Tarif eine Lohnerböschung für 26 Positionen, für 10 Positionen ist die Bezahlung die gleiche geblieben. Im Durchschnitt beträgt die Lohnerböschung 15 Prozent.		
Schwabhausen. In der Holzschneiderei Gutz u. Ko. legten am 12. Juli 28 Mann die Arbeit nieder. Veranlassung war die schändliche Behandlung durch Vorarbeiter Engler. So gingen zwei Tage vorüber, ohne daß etwas unternommen wurde. Kollege Prüß erfuhr zufällig davon und arrangierte für die ganze Fabrik, in der außer diesen 28 Hilfsarbeitern		

noch 52 Schreiner tätig sind, eine Fabrikversammlung, um gemeinschaftlich mit dem Holzarbeiterverband Stellung zu nehmen. Nach kurzem Besatz, in dem den Besatz das Fehlen ihres Vorgehens klar gemacht wurde, ließen sich alle in den Verband aufnehmen, und konnte Kollege Brühl, nachdem sich die organisierten Holzarbeiter solidarisch erklärten, am anderen Morgen 9 Uhr vorzeitig werden. Um 11 Uhr marschierte der Besatzschinder Engler, der die Arbeiter mit Dampf, Säugend, Platte wischer u. dergl. tituliert, zum Tore hinaus. Er gehe freiwillig, sagte er; am anderen Morgen gingen die Kollegen an ihre Arbeit. Einer aus ihrer Mitte werde als Vorarbeiter bestimmt, und die Ruhe war hergestellt. Die Kollegen versprachen dafür zu sorgen, daß jeder ins Geschäft Reineintretende sich sofort der Organisation anschließe.

Niederlehre. Der Streit auf den drei den Vereinigten Berliner Mühlwerken gehörigen Sandbergen ist beendet. Der Berg in Sadow ist einem Schachtmeister übergeben worden, der die geforderten Löhne für Arbeit pro Bore 30 Pf., Stundenlohn 25 Pf. — bezahlt. Auf den anderen Bergen dagegen ist die Arbeit zu den alten Bedingungen aufgenommen worden.

Korrespondenzen.

Breslau. In der letzten Versammlung beschäftigte man sich mit den Lohnbewegungen, die von der Fabrik unternommen wurden. Kollege Joppich schildert Ursache und Verlauf dieser Lohnbewegungen in den Fabriken Max Faber, „Silesia“ und Chies Erden, die sämtlich verloren gingen. Aus diesen Niederlagen müsse man lernen, damit sich solche nicht wiederholen. In Zukunft können nur die Arbeiter solcher Betriebe die Genehmigung zu einer Lohnbewegung erhalten, die nicht nur fast vollständig organisiert sind, sondern auch durch längere Zugehörigkeit zur Organisation bereits soweit gefestigt sind, daß anzunehmen ist, sie werden während der Bewegung ihren Pflichten in gehöriger Weise nachkommen. Dies sei jetzt nicht der Fall gewesen. So haben z. B. beim Streit in der „Silesia“ die Frauen Streikposten gestanden, die Männer haben sich aber vor jeder Mähe gedrückt und gescheitert. Vom Streikbureau auf Streikposten geschickt, begab man sich nach einer anderen Kneipe. Wenn man es so macht, muß jeder Streik verloren gehen. Redner kommt am Schluß auch auf den gegenwärtigen Streit der Maschinenarbeiter zu sprechen und warnt die Kollegen, die als Hilfsarbeiter in Holzbearbeitungsbetrieben beschäftigt sind, vor Streikarbeit. Die betreffenden Arbeiter haben sofort die Arbeit niedergelegt, falls man ihnen zumutet, Streikarbeit zu verrichten. Es soll keinem Mitgliede des Fabrikarbeiterverbandes der Vorwurf gemacht werden können, er sei zum Streikbrecher geworden. Es wurden hierauf mehrere Ergänzungswahlen zu verschiedenen Ämtern im Verbandsorgan vorgenommen. Wegen Unruhen wurden die beiden Bezirkskassierer Ernst Nähring und Paul Siegfried aus dem Verbandsausgesehlossen.

Am 16. Juli tagte eine Versammlung aller Asphaltente und Schwarzedeker, welche sich eines guten Besuchs erfreute. Kollege Joppich referierte über den Wert und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation, insbesondere die Lebenslage der Asphaltente und Schwarzedeker beleuchtend. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Dem 2. Punkt der Tagesordnung, Wahl des Sektionsleiters, entspann sich eine lebhaft Debatte, ob derselbe nicht etwa einer Maßregelung ausgesetzt sei. Kollege Joppich betonte, daß der Sektionsleiter nichts weiter zu tun habe, als die Verhandlung über die im Verlaufe vorkommenden Vorfälle usw. zu unterrichten, selbstverständlich habe er auch Sitz und Stimme in der Ortsverwaltung. Es werde ja doch nur dem Wunsch der Kollegen Rechnung getragen. Hierauf wurde Kollege Frische als Sektionsleiter und Kollege Kreuzig als Schriftführer gewählt. Zum Schluß wurde noch die Herausgabe eines Flugblattes beschlossen, worin auf die Organisation besonders aufmerksam gemacht werden soll und welches die Arbeiter zum Beitritt auffordert. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten traten noch eine Anzahl Kollegen dem Verbands bei.

Dresden. Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes in Sachsen ist sprichwörtlich geworden. Im Landtag bezeichnete einst der Minister von Meißel dieses Gesetz als ein Juwel. Das ist es auch, nur nicht für Arbeiter, die sich vereinigen oder versammeln wollen, um über ihre wirtschaftliche Lage zu sprechen. Nach wie vor werden Versammlungen jeder Art verboten oder aufgelöst, unter Angabe von Gründen, die alles andere, nur nicht stichhaltig sind und die Sachsen als Polizeistaat weit und breit berühmt gemacht haben. In neuerer Zeit wurden Versammlungen aufgelöst, die laut Vereinsgesetz gar nicht angemeldet zu werden brauchen. Eine hiergegen erhobene Beschwerde wurde jetzt auch als berechtigt anerkannt. Was nicht es aber der Arbeiterschaft, daß sie nach 6 Monaten Recht bekommt, wenn sie damals ihr Staatsbürgerrecht doch nicht ausüben durfte. Der Vertrauensmann der Dresdener Einzelmitglieder bestimmte für Mitte Januar eine Fabrikversammlung für Arbeiter der Chemischen Fabrik in Kaddeben bei Dresden. In derselben hatten nur dort Beschäftigte Zutritt und sollte sich die Versammlung mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen dieser Fabrik beschäftigen. Da diese als öffentliche Angelegenheiten nicht angesehen werden können, wurde selbstverständlich die Anmeldung unterlassen. Ein Kollege bekam den Auftrag, die Einladungsgelände zu verteilen, der Kollege Schneider sollte als Vertreter der Ortsverwaltung diese Versammlung leiten und einen Leberbüch über die dort bestehenden Verhältnisse geben. Wir hatten aber die Rechnung ohne den Polizeiwachmeister Stehling in Kaddeben gemacht. Raum hatte Schneider diejenigen Anwesenden, die vielleicht in diesem Betriebe nicht beschäftigt seien, aufgefordert, das Lokal zu verlassen und einige Säge an die Versammlung gerichtet, als der Herr Wachmeister aus dem Nebenraum erschien und ihn fragte, was eigentlich hier los sei. Es wurde ihm bedeutet, hier sei eine Betriebsversammlung für die Arbeiter der Chemischen Fabrik. Trotz aller Hinweis auf das Vereins- und Versammlungsrecht wurde die Versammlung aufgelöst. Gegen diese Auflösung reichte Schneider Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft ein. Nach ca. 8 Tagen erhielt er den Bescheid, daß seiner Beschwerde vorläufig nicht näher getreten werden könne, da gegen ihn wegen dieser Versammlung eine Anzeige wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes eingereicht sei. Wir schüttelten den Kopf. Einige Tage später folgte der Bescheid, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt sei. Wir hofften nun selbstverständlich von Tag zu Tag auf die Beantwortung der Beschwerde. Wir mußten noch lange warten. Nach Ablauf einiger Wochen erhielt der Handzettlermeister Farrel ein Strafmandat wegen Vergehens gegen das Juwel. Er, der weiter nichts dabei zu tun hatte, als die Bettel zu verteilen und bei der Eröffnung sogar die Versammlung verlassen hatte, sollte nun auf einmal eine Versammlung zusammenberufen haben, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen sollte. Sollte ist gut. Da hätte der Wachmeister lange warten können, ehe das öffentliche Dinge zur Verhandlung gekommen wären. Wenn er aber am Anfang schon die Versammlung auflöst, wie kann man dann wissen, mit was sich dieselbe beschäftigen sollte? Ein Versammlungsbeschwerder Schöder erhielt eine Strafverfügung, weil er großen Unfug dadurch verübt haben sollte, daß er nach der Auflösung gerufen habe: Walter, die Polizei ist doch unser bester Agitator! Gegen beide Mandate wurde gerichtliche Entscheidung beantragt. Das Schöffengericht sprach auch beide Uebeltäter frei. Farrel mit der Begründung, es möge zweifelhaft sein, ob er Einberufer der Versammlung gewesen sei; in Frage konnte

hier nur der Zweck der Versammlung, aus dem hervorgehen müsse, ob es eine öffentliche gewesen sei. Es ist durch die Zeugenaussage des Vertrauensmannes unwiderprochen festgestellt worden, daß die betreffende Versammlung sich nur mit den Lohnverhältnissen der Chemischen Fabrik beschäftigen sollte. Dabei kommt es nicht in Frage, daß einige Beispiele aus anderen Betrieben angeführt werden, das ändert am Zweck der Versammlung nichts. Es hat deshalb kostenlos Freisprechung zu erfolgen. Bei Schöder wurde festgestellt, daß er wohl die angeführte Versicherung getan, großen Unfug habe er damit nicht verübt; inwiefern diese Versicherung eine Verleumdung der Polizei in sich schließt, kommt nicht in Frage, weil dahingehender Strafanspruch nicht gestellt ist. Der als Zeuge geladene Vertrauensmann wurde nicht vereidigt wegen bringenden Verdachts, selbst Einberufer der Versammlung gewesen zu sein. Gegen beide Urteile legte der Staatsanwalt Berufung ein. Das Berufungsgericht schloß sich aber dem Vorbericht an und sprach die beiden Sänder wiederum frei; hier wurde Farrel aber als Einberufer angesehen, die Versammlung aber ebenfalls als nicht öffentliche betrachtet. Mitte Juli erhielt Schneider endlich den Bescheid der Amtshauptmannschaft, daß seine Beschwerde zu Recht anerkannt werde, der Polizeiwachmeister Stehling sei angeklagt worden, in Zukunft derartige Versammlungen nicht mehr aufzulösen. Betriebsversammlungen, die sich nur mit Angelegenheiten in der Fabrik beschäftigen, brauchen also nicht angemeldet zu werden.

Seidenheim. Was soll jeder Arbeiter eines chemischen Betriebes wissen? Diese Frage eingehend zu beantworten, unternahm in einem Vortrag Genosse Oskar Düntz, Redakteur aus Frankfurt a. M., in einer Mitgliederversammlung, zu der auch Nichtmitglieder eingeladen und in ziemlicher Zahl erschienen waren. Doch können wir uns ein ausführliches Eingehen auf das Referat aus näher liegenden Gründen ersparen. Das eine sei daraus hervorgehoben, und was Bassalle schon vor fünfzig Jahren erklärt hat, wie unendlich schwer es sei, den Arbeiter davon zu überzeugen, wie schlecht es ihm geht. Für den Arbeiter in der chemischen Industrie sei es doppelt nötig, daß er über die mancherlei Gefahren, die seiner Gesundheit, ja seinem Leben drohen, möglichst unterrichtet werde. Ueber das, was von Gesetzes wegen im Interesse des Arbeiters durch den Unternehmer gesehen muß, seien sich die wenigsten Arbeiter klar. Die Fabrikinspektion sei vorerst noch unzulänglich, und ohne daß eine wiederholte Revision und Kontrolle in einem Betriebe ausgesetzt werde, ließen sich die Unternehmer nur selten herbei, aus eigenem Antrieb, die Vorkehrungen zum Schutze der Arbeiter zu treffen. Hier müssen die Arbeiterorganisationen helfend eingreifen, daß sie auf die Unterlassungsünden der Unternehmer aufmerksam machen und bei vorhandenen Uebelständen energisch an zuständiger Stelle auf Abhilfe dringen. Diese Aufgabe der Gewerkschaften erkennt einer der preiswürdigen Gewerbeinspektoren in seinem Bericht vom verflossenen Jahr erzieherische Objektiv an, ein Umstand, der alle Arbeiter auf den kulturellen Wert der Gewerkschaften aufmerksam machen sollte. Solange jedoch die Arbeiter der chemischen Industrie eine solch grenzenlose Gleichgültigkeit gegenüber ihren gesundheitlichen und Familieninteressen an den Tag legen, hat es noch gute Weile mit einem nennenswerten Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der allgemeinen Arbeiterwohlfaht. — In der anschließenden Diskussion versuchte ein Mitglied der christlichen Gewerkschaft unter dem Widerspruch der Mehrzahl der Anwesenden verschiedene Angaben des Referenten zu korrigieren, und die hiesigen Farbwerke, die dabei in Frage kamen, gegen angeblich ungerechtfertigte Ausstellungen in Schutz zu nehmen. Der gute Mann hätte besser geschwiegen, denn die nachfolgenden Redner, die besser Bescheid wußten in dem chemischen Betriebe, konnten die Feststellungen des Referenten nur bestätigen, ja in manchen Punkten noch ergänzen. In seinem Schlußwort gestellte Genosse Düntz, der selbst schon als Arbeiter in chemischen Betrieben tätig war, das Gebot der christlichen Gewerkschaftler in satirischer Weise, die bekanntlich überall, wo bereits freie Gewerkschaften bestehen, einen Keil zwischen die Arbeiterschaft treiben und so in vielen Fällen greifbare Resultate im Interesse der Arbeiter auswirksam machen. Einige Aufnahmen waren das Ergebnis des Abends trotz der versuchten Quertreibereien der „christlichen“ Arbeiterfreunde.

Frankfurt a. M. In der letzten Quartalsversammlung gab Kollege Höhler den Geschäftsbericht. Er bemerkte eingangs seiner Ausführungen, daß im letzten Quartal ein kleiner Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen sei. Dies trage aber zur Gesundung des Verbandes bei. Es mußten viele Restanten gestrichen werden. Die Einnahmen sind nicht zurückgegangen. Auch habe der Verband 33 Kollegen verloren, die anderen Gewerkschaften beigetreten wären. Gegen 1150 männliche und 62 weibliche Mitglieder im vorletzten Quartal zählt der Verband jetzt 1072 männliche und 43 weibliche Mitglieder. Ferner erwähnte Redner den Streit bei der Genestra-Kompagnie, die Lohnbewegung der Kohlenarbeiter und die der Arbeiter in den Bodotham-Werken. In der Farbenfabrik von Gebr. Schmidt in Bodenheim sei ein Erfolg erzielt worden. Der Ausgang des Streiks bei der Genestra habe gezeigt, daß es taktisch anlung sei, wegen eines unliebsamen Mitarbeiters einen Streik anzuzetteln. Es gäbe andere Mittel, um solche Leute ungeschicklich zu machen. Nach kurzer Diskussion wurde dem Geschäftsführer Decharge erteilt. Als Ersatzreferent wurde Kollege Strehl gewählt. Mit der Wahl einer Kommission, die Vorbereitungen zu einem Winterfest zu treffen hat, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Seidenheim. Im Chemikalienwerk verunglückte am 12. Juli, vormittags 10 Uhr, der Arbeiter Burgard, indem er sich mit heißer Säure verbrannte. 2 1/2 Stunden vergingen, ehe ihm ärztliche Hilfe zu teil wurde. Nachdem der Schwerverletzte von Herrn Dr. Sieb verbunden war, mußte er, auf einer Holzbank liegend, noch eine Stunde warten, bis man ihn ins Höchster Krankenhaus transportierte. Es ist schon kaum zu empfindlichen, einen Menschen, der am ganzen Körper mit Brandwunden bedeckt ist, stundenlang ohne ärztliche Hilfe zu lassen; noch mehr zu verurteilen ist es aber, daß die sanitären Zustände im Chemikalienwerk so unzulängliche sind, daß so Schwerverletzte auf einer Holzbank liegen müssen. Der Mann hätte unbedingt in ein Bett gehört. Ein Betrieb, der jährlich Hunderttausende von Uebeltätern abwirft, sollte in sanitärer Beziehung keine derartigen Missetaten aufweisen. Jedoch die Arbeiterschaft des Betriebes ist selbst schuld, daß solche Zustände bestehen; würden sich diese Arbeiter, statt um allen möglichen Klimbin, mehr um die Organisation kümmern, dann wäre es sehr leicht möglich, hier Wandel zu schaffen. Allein diesen Arbeitern scheint hierfür vorläufig noch das nötige Bewußtsein zu fehlen.

Seidenheim. Am 29. Juli tagte eine öffentliche Versammlung in Richtiges Restaurant, welche sehr häufig besucht war. Wenn man bedenkt, unter welchen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeiterinnen und Arbeiter in Gochsholm und Umgebung leben, so wundert man sich, wie es möglich ist, daß diese so schwer dem Ruf — in die Versammlung zu kommen und sich zu organisieren, um ihre mühselige wirtschaftliche Lage zu verbessern — folgen. Wohl selten kann man schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen antreffen, wie gerade hier. Für Arbeiter werden Löhne gezahlt pro Stunde 13—20 Pf. Ob man dieses Geld überhaupt noch mit dem folgen Namen „Lohn“ belegen darf, kann man dahingestellt sein lassen, höchstens könnte es Hungerlohn genannt werden. Auch hier trifft es zu, daß das, was die Arbeitgeber zuviel als Gewinn beanspruchen, aus den Armen der Armen herausgeholt wird,

leider sehen sehr viele Arbeiter dieses noch nicht ein. Wie schlaue die Herren Arbeitgeber sind, und wie gleichgültig die Arbeiter diesem gegenüberstehen, zeigt folgendes: Die Arbeiter, die 18 Pf. im Sommer verdienen, lassen es sich ruhig gefallen, daß ihnen im Winter 3 oder gar 4 Pf. pro Stunde abgezogen werden. Im allgemeinen werden die Ueberstunden höher bezahlt. Hier kommt das Gegenteil vor. Wer 18 Pf. verdient, erhält für die Ueberstunde oder Sonntagsarbeit nur 15 Pf. Angesichts dieser Tatsachen sollte man sich fragen, wie ist es möglich, daß Arbeiter sich so etwas bieten lassen. Arbeiter und Arbeiterinnen, folgt dem Ruf: alle auf die Schanzen, hinein in die Organisation, damit wir die unwürdige Lage, in welcher wir leben, verbessern können.

Hamburg. Unsere Mitgliederversammlung tagte am 17. Juli bei Horn, die von Remenow eröffnet wurde und in der der Bericht des Kollegen Westmann-Eismann einer eingehenden Diskussion unterzogen wurde. Remenow ging in längerer Rede auf die Meißeler- und Zentralstreikbetriebe auf dem Gewerkschaftskongress ein, und erklärte, daß eine bessere Form der Meißeler, als die heutige, schwerlich gefunden werden könne. Die würdigste Form der Feiler, als Demonstration gegen die gegenwärtigen wirtschaftlichen Einrichtungen, sei die Arbeitsruhe. Diese habe unstrittig von Jahr zu Jahr zugenommen; wir hätten unausgeseht Fortschritte gemacht mit der gegenwärtigen Art der Feiler und es sei kein Grund vorhanden, jetzt, wo sie sich einlebe, hier Veränderungen vorzunehmen. Was die Resolution Bömelburg zur Frage des Generalstreiks anbelangt, so ist Remenow mit derselben nicht einverstanden. Sie besage gar nichts. Man müsse sich mit diesem Kampfmittel vertraut machen und die große Masse der Bevölkerung müsse orientiert sein, wenn sie einst dem Rufe der Führer folgen solle. Die Apathie gegen das politische Leben müßten wir in den Gewerkschaften zu beseitigen suchen, wir müßten die Meister revolutionieren. Von einem Ruhebedürfnis könne keine Rede sein; im Gegenteil gehe es am besten vorwärts, wenn wir keine Ruhe haben. Nicht eine andere taktik wolle er empfehlen, sondern nur das was in dem Generalstreik zur Verfügung stehende ergänzende Kampfmittel wolle er diskutiert wissen. Wäre die Bevölkerung Rußlands über diesen Gegenstand aufgeklärt gewesen, wären die ungeheuren Opfer, welche infolge der Unkenntnis dort gefallen sind, vermieden worden. Wir müssen den Generalstreik diskutieren, damit uns nicht auch vielleicht einmal unnützig eine große Zahl unserer besten Kämpfer erschossen wird. Wenn wir die Waffe gebrauchen sollen, dann müssen wir sie doch wenigstens kennen. Wiesenbütter-Stettin verbreitet sich über die nicht erledigte Frage der Grenzstreitigkeiten und ist ebenfalls nicht einverstanden mit der Haltung der Kongreßteilnehmer, welche aus solch angebrachter Sparsamkeit die Meißeler auf einen anderen Modus bringen wollen. — Unser Delegierter Westmann macht nochmals Remenow gegenüber seine Stellung zum Generalstreik geltend, welche sich mit derjenigen Bömelburgs deckt. Wir hätten vorläufig keine Ursache, zu einer anderen Art der Auflösungsarbeit überzugehen; ein solcher Streik könne nur plötzlich durch den Druck der Verhältnisse hervorgerufen werden, wie jetzt z. B. in Rußland, und für eine eingehende Diskussion sei es nicht zu haben, weil er jede Propaganda dafür als verfehlt ansehe. In ihren eigenen Reihen sei allerdings alle Gewerkschaften Ruhe dringend notwendig. Die Referate in Köln seien alle auf der Höhe gewesen, nur manche Redner nicht, weil eben zu viele glauben, wenn sie auf den Kongress geschickt werden, müsse ihr Name auch als Redner im Protokoll zu lesen sei. Lewin kommt noch auf die Grenzstreitigkeiten zu sprechen und ist der Ansicht, daß die so oft als erstrebenswert bezeichnete Verschmelzung der Zentralverbände der sogenannten ungelerten Arbeiter undurchführbar, auch gar nicht notwendig sei, wenn nur die kleinen, nicht existenzfähigen Verbände sich an die großen Verbände, zu denen sie gehören, anschließen wollten. Wenn man es jetzt endlich einmal genug sein lassen wollte mit der Gründung neuer Verbände, so sei hiermit schon viel gebessert. Die Abrechnung vom 2. Quartal 1905 ergab eine Gesamteinnahme von 11718,10 Mk. für die Hauptkasse, während die Lokalkasse eine Einnahme von 3045,81 Mk. und eine Ausgabe von 2794,72 Mk. hatte, so daß ein Bestand von 250,09 Mk. verblieb. Die Hauptkasse erhielt bar 6040,15 Mk., während an Streikunterstützung in den 3 Monaten 2059,40 Mk., Sterbegeld 310 Mk., Meißelgeld und Postlage-Unterstützung 138,60 Mk. gezahlt wurden. Dem Kassierer Bogt wurde Decharge erteilt. — Auf Antrag der Verwaltung wurden wegen Streikbruchs in Falkenberg Otto Böttcher und Genz aus dem Verbandsausgesehlossen. Ferner wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung die Neuwahl von drei Mitgliedern der Verwaltung und zwei Mitgliedern des Ausschusses vorzunehmen.

Kalitzberg i. M. Die Selbstentlassung eines Meisters. Ein Arbeiter einer Zementfabrik in Adersdorf war längere Zeit bei dem Meister A. beschäftigt. Durch einen kleinen Fehler, den der Arbeiter machte, wurde er von seinem Meister mit einem nicht gerade schmeichelhaften Ausdruck betitelt. Als der Arbeiter dies verbat und noch eine unbedeutende Bemerkung machte, wollte der Meister ihn mit 1,50 Mk. bestrafen. Der Arbeiter ging natürlicherweise darauf nicht ein, daher wurde er von dem Meister sofort gekündigt. Er brauchte längere Zeit, um wieder andere Arbeit zu erhalten. Seine Familie besteht aus Frau und 5 Kindern. Dessen ungeachtet soll der Meister, der früher auch weiter nichts als Arbeiter war, dafür gesorgt haben, daß der in Frage kommende Kollege auch seine neue Stellung verloren hat. Wünscht der Herr etwa, daß der Arbeiter vor ihm fußfällig um Gnade winseln soll, um Arbeit erhalten zu können?

Kolbermoor. Sonntag, den 16. Juli, sprach in einer überfüllten öffentlichen Versammlung Frau Greifenberg aus Engsbürg über das Thema: Freie oder christliche Gewerkschaften. Frau Greifenberg verstand es trefflich, den Anwesenden, die zur Hälfte aus Frauen bestanden, die Vorteile der freien Organisation vor Augen zu führen, und am Schluß ihrer Ausführungen bewies der stürmische Beifall, den sie erntete, wie sie den vielen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion ergriff der christliche Herr Bergmann aus München, der mit einem Häuflein christlicher Arbeiter erschienen war, das Wort und versuchte das alle Stedenpferd, die angebliche „Religionsfeindlichkeit“ der freien Gewerkschaften, zu reiten. Auch den deutschen Gewerkschaftskongress in Köln, Regien und deutschen Konsumgenossenschaften versuchte er etwas am Zeuge zu fassen, stieß aber auf iharfesa Widerpruch der Versammlung. In einem Münchener Blatt schreibt nun Herr Bergmann, daß seine Ausführungen starken Beifall fanden. Das ist gefunkert. In Wirklichkeit waren es nur seine eigenen Freunde, die ihm Beifall spendeten; der größere Teil der Versammlung gab unzweifelhaft seine Mißbilligung gegen die Ausführungen des christlichen Redners kund. Die Referentin wies es auch im Verlaufe der Diskussion entschieden zurück, daß die christlichen Redner immer politische und namentlich religiöse Fragen in unseren Versammlungen einschneiden, um Zwietracht zwischen die Arbeiter zu säen. Wenn Herr Bergmann meint, daß die Versammlung den christlichen Arbeitern von Ruhen sein wird, so lassen wir ihm den Glauben, die freien Gewerkschaften haben in Kolbermoor seit einem Jahre über 300 Mitglieder Zuwachs erhalten und auch in dieser Versammlung haben sich trotz der „schönen“ Rede Bergmanns neben zwei Dutzend anderer auch ein paar bisher christlich organisiert gewesene Arbeiter aufnehmen lassen, ein Beweis von der Zugkraft der freien Organisation.

Magdeburg. Am Sonntag, den 23. Juli, vormittags 11 Uhr, tagte im Gesellschaftshaus „Zum weißen Hirs“ unsere ordentliche Generalversammlung. Den Geschäfts- und Kassens-

Bericht vom 2. Quartal gab der Kollege Otto Frenzel. Danach ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 223 gestiegen, die der weiblichen um 49 gesunken. Neugewonnen sind demnach 178, sodas am Schlusse des 2. Quartals 1408 Mitglieder vorhanden sind. Die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge beträgt 16 632, gegen das 1. Quartal ein Mehr von 1545. Die Einnahmen der Hauptkasse stellen sich auf 6003,40 Mk. Gegen das 1. Quartal ein Mehr von 2068,10 Mk. Die Ausgaben der Hauptkasse belaufen sich auf die Summe von 4104,18 Mk. Davon entfallen auf Ausgaben bei Streiks 2757,68 Mk. So kostete der Streik in den Metallwerken von Obers der Organisation 1585,35 Mk. Der Streik bei Gebrüder Wöhler 403,49 Mk. Die Lohnbewegung der Holzarbeiter, bei der wir mit 8 Kollegen beteiligt waren, 579,82 Mk. Der Solalkassenbestand hat sich im 2. Quartal um 447,19 Mk. gehoben. Mehrere streifte hierauf noch einmal kurz die Ursachen, die zu den Verlusten der weiblichen Mitglieder beigetragen haben. Innerhalb des 2. Quartals fanden folgende Lohnbewegungen statt: In der Zellfabrik von Gubbe in Cracau erhielten 100 Kollegen eine Aufbesserung ihres Lohnes von 1,80 Mk. pro Woche. In den Metallwerken vornehmlich Wöhler wurde ebenfalls für unsere im Holzwege beschäftigten Kollegen eine Aufbesserung der Stunden- und Lebenslöhne errungen. Diese Zustände wurden durch einen 14tägigen Streik erzielt. An dieser Lohnbewegung waren ebenfalls 100 Kollegen beteiligt. Ferner fanden noch folgende Lohnbewegungen statt: In der Futtermittelfabrik Selge, bei der Firma Hildebrandt, in den Rüstfabriken von Schröder und Jesau, den Ziegeleien Franke, Wiener u. Guch, Griesemann und Wärtens und in der Dachpappen- und Holzleimfabrik von B. Kirmeyer. Beteiligt waren an diesen Lohnbewegungen insgesamt 377 Kollegen, und erzielten dieselben im Durchschnitt eine Aufbesserung ihres Lohnes von 2 Mk. pro Woche. Es ist dies gewiß ein schöner Erfolg, wenn man bedenkt, wie niedrig die Löhne der Holzarbeiter im allgemeinen sind. Die vom Gewerkschaftsrat beschlossene und von uns vorgenommene Statistik darüber, welche Zeitungen die Kollegen lesen, ist folgende: Fragebogen sind beantwortet 1110. Davon sind Abonnenten der Arbeiterpresse 451, der gegnerischen Presse 234. Mit der Aufforderung, mehr für die Arbeiterpresse zu agitieren, damit für die Zukunft ein besseres Resultat zu verzeichnen sei, schloß Kollege Frenzel seinen Bericht. Den Bericht der Redatoren gab Kollege Holzmaier, und wurde dem Geschäftsführer hierauf einstimmig Decharge erteilt. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß die auf Bauten beschäftigten Kollegen einen Extrabeitrag von 15 Pf. zu zahlen haben, der in die Verbandskasse fließt. Unter „Verständens“ wurde mitgeteilt, daß durch die zum 1. Oktober d. J. zur Auszahlung gelangende Erwerbslosen-Unterstützung eine Verlesung des Verbands-Bureaus in das Innere der Stadt notwendig wird. Die gut besuchte Versammlung wurde mit einem begeisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

Mitglied. Drei öffentliche Versammlungen tagten am 14., 15. und 16. Juli in der „Goldenen Krone“, Klein-Schönbühl, im Weihen Hof, Pirna, und im „Alten Gasthof“, Mägeln, wo Frau Madwig und Kollege Neuring über das Thema: „Was hat die Arbeiterschaft zu befürchten?“ referierten. In allen Versammlungen wurden einige neue Mitglieder gewonnen, nur sollte der Besuch ein besserer gewesen sein. Den Referenten wurde am Schlusse für ihre trefflichen Ausführungen reichlicher Beifall zuteil. Wie man in der Debatte hörte, gibt es fast durchgängig 12stündige Arbeitszeit. Die Hasseröder Papierfabrik und Strauß u. Baumann, Seidenau, bezahlten dafür in einigen Abteilungen nur 11 Stunden, damit der Stundenlohn nicht gar so lässig ausfällt und der Tageslohn nicht zu hoch kommt. Die Hasseröder Papierfabrik bezahlt für Frauen 13 Pf. pro Stunde und ändert die Kündigungszeit nach dem Geschäftsgang von 1 bis 14 Tagen, ohne Rücksicht auf die Fabrikordnung. Auch die Köttwitzer Papierfabrik mit ihren „hohen“ Salarsätzen von 19 bis 22 Pf. und die Emaille-Werke von Gähler, Pirna, wo besonders die Herren Meister ihren Willkürgrad zu zeigen liebten, wurden in das richtige Licht gerückt. Lebhaft agitiert wurde für die Arbeiterpresse, die auch hier bedauerlicherweise noch bei vielen Gewerkschaftlern fehlt.

Schönauke. Auf der hiesigen Lumpenfortieranstalt von Philipp Levy herrschten bis vor kurzer Zeit recht unangenehme Verhältnisse. Zunächst mußte ungeheuer viel überarbeitet werden, und die Bezahlung ließ zu wünschen übrig. Es fehlte ein Kaffeehaus, ein Speiseraum war nicht vorhanden, es mangelte an Waschbecken, Seife und Handtüchern. Eine in einer Besprechung vorgenommene Kritik bewirkte, daß die tollsten Uebelstände beseitigt wurden. Da inzwischen auch die Orts-polizei und der Gewerbeinspektor dem Betrieb einen Besuch abgestattet haben, steht zu erwarten, daß weitere im Interesse der Arbeiter liegende Maßnahmen ergriffen werden. In letzter Zeit legte die Firma eine Fabrikordnung vor, die zu unter-schreiben die Arbeiter sich weigerten. Als Entlassungsgründe waren vorgelesen: Zwei Tage Fehlen von der Arbeit und un-befriedigendes Arbeiten. Das ging den da beschäftigten Kolleginnen und Kollegen über das Zulässige hinaus. Daß es nicht gut da zu arbeiten ist, bemerkt der Besch. Sehr oft fuhr der Herr Firmeninhaber 20 bis 30 männliche und 50 weibliche Personen — zur Auslese natürlich. Die sich für den Betrieb entscheiden, merken zu bald die Nachteile der Beschäftigung und sehen sich nach anderer Arbeit. Um diesen die Lösung des Arbeitsverhältnisses zu erleichtern, wird ein Teil des Lohnes bis zum 1. November einbehalten, wer nun geht, verliert das Geld; so büßte in diesem Jahre eine Arbeiterin ca. 60 Mk. ein. An Lohn wird für Sortierarbeiten pro Zentner 40 Pf. bezahlt. Die Arbeiterinnen bringen es dann bei angestrengter Arbeit auf 10, im günstigsten Falle 12 Mk. pro Woche. Daß die Arbeit ungesund, unappetitlich, unrein und anstrengend ist, das ist bekannt. Die Arbeiter haben sehr viel Beschwerden zu machen und bringen es dann im günstigsten Falle auf 18 Mk., in den meisten Fällen ist der Lohn aber niedriger. Herr Levy war sehr wohl in der Lage, eine Lohnregelung vorzunehmen, welche mehr den Interessen und Ansprüchen der Arbeiter gerecht wird.

Halbjahresbericht für den Gau 5.

(Sitz München.) Das abgelaufene 1. Halbjahr war, insbesondere in seinem 2. Quartal, reich an Differenzen und Lohnbewegungen, resp. Ausperrungen. Die Folge davon war ein erhebliches Anwachsen der Mitgliederzahl in den von der Bewegung ergriffenen D- u. zugleich aber auch die Unmöglichkeit, den Weiteren, stellen die übrige Zeit zur Agitation zu widmen. Weder das zweite Halbjahr die Möglichkeit bieten, die ver-gewonnenen Positionen zu festigen und das notwendigerweise Bekannte nachzuholen.

Rückblickend eine kurze Zusammenfassung über die Tätig-keit des Gauleiters, der Ortsverwaltungen, ferner über den Verlauf der Lohnbewegungen und sonstigen Differenzen neben einem Überblick über den Stand der Mitglieder und Beitrags-leistungen. In Versammlungen wurden abgehalten 171, davon 40 öffentliche und 131 Mitglieder-Versammlungen, die Zahl der Schriftführerinnen und Schriftführer betrug 76. Berichtigte der Gauleiter 103. Die Zahl der Mitglieder betrug vom 1. Quartal 1904 bis zum 2. Quartal 1905 von 632 auf 2172 (ausgewonnen die Zahlstelle München). 67 Beiträge wurden geleistet im 1. Quartal 1904 6772 Mark, im 2. Quartal 1905 17789 Wochenbeiträge. Die Bewegungen bestanden zum Teil aus Lohnbewegungen, wie in der Zellfabrik von Gubbe in Cracau, an der 100 Kollegen und Kolleginnen beteiligt waren und die nach 14-tägigem Streik

mit dem Abschluß eines Rohnarthes endete, ferner im Säge-werk Engelberger in Gärth, wo nach Unterhandlungen zwischen dem Besitzer und dem Gauleiter der Stundenlohn von 39 Pf. auf 35 Pf. erhöht und die Verlängerung der Mittagspause um eine Viertelstunde ohne Lohnabzug bewilligt wurde. Im Sägewerk Bauer u. Vogel in Schmalbach wurde die 11stündige Arbeitszeit auf 10 Stunden herabgesetzt und zugleich eine 10prozentige Lohnherabsetzung bewilligt, so daß die Kollegen trotz verlängerter Arbeitszeit keine Lohnverluste hatten. Infolge der ganz bedeutenden Frühjahrsbewegung in München war der Gauleiter wiederholt genötigt, mitzuwirken, er leitete die Lohn-bewegung in der Gubberschen Farbenfabrik, die den 40 dort beschäftigten Kollegen nebst einer Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich 3 Stunden eine Lohnherabsetzung von 2-4 Mk. pro Woche brachte. Eine Lohnbewegung in den Bretter-lagern brachte den beteiligten Arbeitern ebenfalls Lohn-erhöhungen von 2-3 Pf. pro Stunde nebst verlängerter Arbeitszeit. Am bedeutendsten war die Bewegung in der Metallindustrie. Bei Waffel in München und bei Katgeber, ferner in der Ma-schinenbau-Gesellschaft Nürnberg waren circa 180 Kollegen mit in den Streik getreten, dazu kam dann die Ausperrung in Augsburg, Gärth und München, sodas im ganzen etwa 1000 Kollegen auf das Straßenpflaster gesetzt wurden. Die mit dieser Bewegung verbundene Arbeit machte es zum Teil un-möglich, den Anforderungen der kleineren Zahlstellen gerecht zu werden. Der Versuch der Metallindustriellen, durch diese Ausperrung die beteiligten Organisationen zu vernichten, miß-gelungen da denn je. In Kempten wurden unsere auf Bauten beschäftigten Kollegen durch einen Streik der italienischen Ar-beitsskollegen in denselben mit verwickelt. Nach Abwimmelung von circa 130 Italienern aus Kempten durch die Polizei wurde die Sache beigelegt. In Gärth forderten die Kolleginnen und die Kollegen bei Waffel die Entfernung eines ehemaligen Streikbrechers, nach Unterhandlungen mit dem Direktor durch den Gauleiter wurde dieser Arbeiter ent-lassen. Ein späterer Streik in diesem Betriebe mußte als er-folgslos aufgegeben werden. Die ärgsten Schreier wurden nach 1 bis 2 Tagen zum Streikbrecher, ein tadelloser Verhalten legten dagegen die mitbeteiligten Kolleginnen an den Tag. Weitere geplante Lohnbewegungen in Gärth mußten wegen ungünstigen Geschäftsganges zurückgestellt werden. Ohne direktes Einschreiten der Organisation, aber durch den erzeugten Druck wurden Lohnaufbesserungen erzielt in Behringendorf, bei den Kollegen im Kunststeinwerke, ferner in Hötzenbach, 5. Lauf und in Augsburg. Vorstellig wurde der Gauleiter 17 mal. Maßregelungen erfolgten ca. 80, davon allein mehr als 70 in Hötzenbach, durch dieses brutale Vorgehen des Hl. bayer. Kommerzienrates Conrady wurde uns zugleich die dortige blühende Zahlstelle mit 600 Mitgliedern beinahe voll-ständig aufgerieben. Ein verhältnismäßig nur kleines Päu-lein treuer Kollegen und Kolleginnen hat diesem Anpralle stand-behalten, ihre Aufgabe wird es sein, im stillen für den Ver-band zu werben, bis all die Aengstlichen wiedergewonnen sind. Alles in allem gerechnet können wir mit dem ersten Halb-jahre 1905 zufrieden sein. Beinahe alle Zahlstellen, selbst die, in denen keine Differenzen stattfanden, haben ihre Mitglieder-zahlen verdoppelt und verdreifacht. Noch aber ist ungeheuer viel zu tun, ein ganzes Feld liegt brach und harret der Bearbeitung; an sehr vielen Orten haben wir noch nicht Fuß gefaßt oder nur schwache Erfolge erzielt. 10 000 von Kollegen und Kolleginnen stehen noch gleichgültig beiseite, sie alle müssen gewonnen werden, darum soll auch das 2. Halbjahr eine Zeit ernster unablässiger Arbeit sein. Jos. Statmer.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 19. Juli folgende Beiträge ein: Kolberg 113,19. Miesitz D.-S. 118,15. Ratente 116,10. Regenstauf 16,10. Wunsstebel 155,34. Köpenick 216,19. Ammen-dorf 173,82. Höchst a. M. 298,28. Weimar 225,45. Jhehoe 182,47. Kemmünster 293,67. Königshütte 169,95. Niedern-bodelheim 76,16. Bruchhausen 21,28. Ober-Schönmeiße 826,95. Delmenhorst 255,86. Düsseldorf 125,51. Potsdam 330,93. Schneidhain 149,34. Rall 225,08. Gnanu 168,34. Juffenhausen 287,06. Hagenburg i. S. 71,66. Stodelsdorf 42,93. Heidelberg 34,18. Gönitz S.-M. 23,04. Darmstadt 17,94. Hamburg 6040,15. Lampertheim 630,53. Neuhaldensleben 171,46. Hends-burg 208,58. Dresden 700,—. Genthin 62,60. Halle a. S. 678,53. Duisburg 61,12. Regensburg 74,94. Moschendorf 160,08. Schönauke 18,32. Oramenburg 53,88. Rassel 271,16. Breitenheim 344,68. Stettin 317,30. Nie a. M. 199,24. Jhe-nis 39,08. Greifenhagen 69,12. Annweiler 74,28. Jarey 104,26. Berber (Havel) 354,64. Brandis 142,52. Jarey 219,64. Schwedt a. D. 165,96. Eilenburg 35,28. Rellterbach 66,92. Singen 103,52. Mägeln 400,—. Rallberge 12,70. Mischendorf 103,20. Bitterfeld 40,56. Leipzig 600,—. Riel 906,65. Wolgast 429,82. Brandenburg (Havel) 88,14. Ober-türkheim 53,12. Qujau 35,70. Alten 118,88. Stromberg 41,42. Landsberg a. S. 79,48. Weisenfels 146,44. Stolp 72,72. Blankenburg a. S. 100,—. Freiberg i. S. 79,46. Albersweiser 82,60. Reitz 828,28. Weihen 814,86. Hadeberg 154,82. Bremen 444,48. Sechenheim 165,65. Erdenheim 41,44. Arn-sdorf 18,06. Sranau 526,26. Sonderburg 236,78. Gortha 232,32. Pommersdorf 253,60. Mannheim 271,91. Borchy 44,54. Jenerbach 82,80. Schwetbau 155,98. Golenberg 73,90. Guntin 317,14. Apertade 65,40. Adlershof 189,50. Schöne-b. 423,23. Osterwied 115,54. Hagen 62,70. Dörsdorf 106,10. Eplingen 69,06. Nürnberg 400,—. Plauen i. S. 75,06. Markranstädt 450,—. Ebershausen 79,18. Plauenischer Grund 342,83. Brudorf 66,60. Eibing 9,20. Dörsch-leben 4,70. Herzfeld 6,75. Ränben (Hann.) 97,76. Raurumburg 51,28. Saagen 59,40. Genbach 90,—. Eberswalde 93,40. Gerbacht 294,72. Spandau 338,77. Kaiserlautern 100,—. Offenbach 300,—. Gr.-Salze 2,40,38. Hlfeld 105,20. Lauterbach 24,24. Sulgan 84,34. Helmstedt 92,—. Rall 10,—. Gelle 120,—. Rüb Linden 2,45. Seelze 163,38. Biere 61,96. Riederlehme 580,57. Golzen 143,26. Langenfelde 260,08. Preeß 173,88. Wercheburg 182,06. Pasing 152,90. Gamela 191,74. Mühlenfeld 106,50. Henningsdorf (Havel) 323,40. Wiehen 246,32. Olenstedt 226,08. Herzberg a. S. 60,85. Sevelsberg 22,08. Hainhausen 43,10. Ganting 14,—. Jhehoe 11,70. Zangermünde 100,—. Riederlehme 19,15. Erlangen 2,25.

Quittung.

Die Zahlstelle Brandes hat die Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pf. pro Woche und Mitglied erhalten. Die Zahlstelle Wandäbel hat die Zustimmung zur Erhebung eines Beitrages von 5 Pf. pro Woche von Kollegen und 14tägig 5 Pf. von Kolleginnen er-halten. Die Zahlstelle Viebrich erhebt einen monatlichen Beitrag von 10 Pf. Über. Die Arbeiter J. Spethmann und Heinrich Müller sind wegen Solidariätsbruchs ausgeschlossen worden. Verlorene und für ungültig erklärte Bücher. Buch-Nr. 21606. Ausgestellt für Heinrich Hoffreger am 1. Februar 1902.

Buch-Nr. 15 937. Ausgestellt für Wilhelm Krüger am 4. Februar 1905. Buch-Nr. 29 928. Ausgestellt für Heinrich Granz am 30. April 1905. Buch-Nr. 22 110. Ausgestellt auf den Namen Riese im September 1902. Buch-Nr. 44 685. Ausgestellt auf den Namen Treumann am 28. August 1904 in Schlabitz.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Bitterfeld. Herrn Richter, Dessauerstr. 66. Bruchhausen. Gustav Ler, Alfum bei Rührodt, Sojen-straße 7. Dargitz. Frau Treder, Pappengasse 7, 1. St. Ecker. Paul Kester, Kömiger 7. Helmstedt. Fr. Reddermeyer, Harslebtorstr. 2. Rall. Paul Arnwald, Viktoriastr. 68a. Magdeburg. Otto Goeft, Gundsburgerstr. 22. Nemei. Martin Schefke, Schnetz, Mühlentorstr. 77. Penig. Hermann Borger, Uhländstr. 106. Plauen i. S. Paul Kuchner, Sangestr. 6. Rastenburg. S. Zimmer, Freiheit 25a, 1. St. Regensburg. Joh. Jälinger, Reinhäuser R. 100/10. Schwan i. Westl. Emil Kruse, Weinstr. 491. Seelze. Fr. Hansing, R. 100C. Staßfurt. Gustav Nummer, Bismarckstr. 27, 1. St. St. Johann. Vertrauensmann Alb Detemple in Malfatt-Burbach, Ludwigbergstr. 42.

Inserate.

Zahlstelle Braunschweig

sucht zum baldigen Eintritt einen Dr.-beamten (Geschäftsführer). Die Anstellung erfolgt auf Grund der vom letzten Verbandsstag festgesetzten Bedingungen. Die Bewerber müssen Verbandsmitglied sein. Sie haben eine schriftliche Arbeit a) über die Tätigkeit der Ortsbeamten im allgemeinen, b) über die Gewinnung von Mitgliedern und Erhaltung des Mitgliederbestandes, c) über die Agitationsweise, d) über das Verhalten und Vorgehen bei Streiks, Lohnbewegungen und Ausperrungen einzureichen. Die Arbeiten sind an den 1. Bevollmächtigten Kollegen Hermann Köhler, Braunschweig, Beopoldstr. 10, bis Dienstag, den 15. August, einzusenden. [2,40 Mk.]

Mitgliedschaft Plauenscher Grund

sucht einen Geschäftsführer. Die Bewerber haben eine selbständige schriftliche Arbeit einzureichen über folgende Fragen: 1. Die Aufgaben eines Geschäftsführers. 2. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten zu gestalten? 3. Wie hat sich der Geschäftsführer bei bevorstehenden Arbeitseinstellungen und Ausperrungen zu verhalten? Bewerber müssen zur Abhaltung von kleineren Agitations-vorträgen (d. h. Fabrikversammlungen u.) befähigt sein. Bewerbungen sind bis zum 31. August d. J. mit der Aufschrift „Bewerber“ an den Unterzeichneten einzusenden. Die Anstellung erfolgt nach der Gehaltsfata der Gauleiter. Gustav Neuring, Dresden, Böhmischstraße 21. 2,70 Mk.]

Zahlstelle Bornim-Bornstedt.

Unsere Mitgliederversammlungen tagen regelmäßig jeden Donnerstag nach dem 1. eines jeden Monats im Lokale des Herrn A. Schulz, Friedrich Wilhelmstraße. 0,90 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Einzelmitglieder Erlenbach-Morlauntern.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß von jetzt ab jeden zweiten Sonntag im Monat im Lokale von Ludwig Schmitt in Morlauntern regelmäßig Mitgliederversammlungen abgehalten werden. 1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Giesen und Umg.

Das Verkehrslokal befindet sich bei Herrn Köh, Zum Wiener Hof, Johannstraße 3. Dasselbst Auszahlung des Reisegehalts. Versammlungen jeden ersten Sonnabend im Monat. 1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Einzelmitglieder von Nötitz.

Sonntag, den 6. August, tagt im Lokale „Zu Kamerun“ abends 7 Uhr unsere Mitgliederversammlung. Da wichtige Punkte erledigt werden sollen, so werden sämtliche Mitglieder er-lucht, pünktlich zu erscheinen. 1,05 Mk.] Der Vertrauensmann.

Zahlstelle Neumünster.

Sonntag, den 13. August, nachmittags 4 Uhr. Mit-gliederversammlung bei Borg, Plauerstraße 7. Tagesord-nung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Kolleginnen und Kollegen, erscheint zahlreich, da wichtiges auf der Tages-ordnung steht. 1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Braunschweig.

Sonntag, den 20. August 1905, im „Hofjäger“, Wolfen-büttelstraße 28: 1890 15. Stiftungsfest 1905 unter gefl. Mitwirkung der Blebertafel „Eintracht“, der Freien Turnerschaft und mehrerer Verbandsmitglieder. Turnistische Aufführungen durch Mitglieder der Freien Turnerschaft. Nach dem Festrede und Ball. Anfang 4 Uhr. Es laßt freundlich ein. Das Komitee. Preis der Programme im Vorverkauf 15 Pf., an der Kasse 25 Pf. 1,95 Mk.] (Mitgliedsbücher sind vorzulegen.)

Zahlstelle Riel.

Sonntag, den 20. August, nachmittags 4 Uhr, in „Weib-maundersh“, Kopperpahl: Sommer-Vergnügen, bestehend in Freischießen und Regeln für Herren, Tischwerfen für Damen, Kinderbelustigung, Gartenkonzert und Ball. Ausmarsch mit Musik nachmittags 3 Uhr von der Verkehrs-Verberge, Alte Reihe 2. 1,80 Mk.] Das Komitee.

Stomkes Städtebuch.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- und Postkarte, 366 Seiten, geb. 1,20. In allen Buchhandl. zu haben oder gegen Einzahlung von 1,40 Mk. bei G. Stomke's Verlag, Bielefeld.